



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 20. März 1889.

Nr. 134.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auslage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pf.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

42. Plenarsitzung vom 19. März.

Präsident von Leopold eröffnet die Sitzung nach 1 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen.

Das Haus erledigte zunächst die dritte Beratung der Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1886/87 bezüglich desjenigen Theiles, welcher sich auf die Reichsverwaltung bezieht, auf Grund des in zweiter Lesung unverändert angenommenen Antrages der Rechnungs-Kommission, indem es definitiv die vorgeschriebene Entlastung ertheilt.

Es folgt die erste Beratung des von den Abg. Dr. Lieber und Hize (beide Mitglieder des Zentrums) eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend Ergänzung und Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 (Normalarbeitsstag, Arbeiterschutz); auf Vorschlag des Abg. Dr. von und zu Franckenstein (Zentr.) wird dieser Gegenstand der Lagesordnung zurückgestellt.

Den folgenden Gegenstand der Lagesordnung bildet die zweite Beratung des von den Zentrumsmitgliedern, den Abg. Hize, Haberland, Letocha und Meissner, eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 (Befähigungsnachweis) in Verbindung mit dem Antrage Adermann (konf.) und Genossen, denselben Gegenstand betreffend; hierzu liegt ein Amendement des Abg. v. Kardorff und Löhmaier (beide freil.) vor, welches den Befähigungsnachweis nur für beschränkte Zahl von Gewerben fordert und dem Bundesrat die Befugnis zur Ausdehnung des Befähigungsnachweises auf andere Gewerbe ertheilt.

Nachdem § 14 in der Fassung des Antrages angenommen, in welchem die Verpflichtung zur Anmeldung eines selbstständigen Gewerbebetriebes festgestellt wird, entspricht sich über die weitere geschäftliche Behandlung des Antrages eine längere Geschäftsausordnungsdebatte, deren Resultat die Ablehnung des Antrages des Abg. Strudmann (natlib.) ist, über die verschiedenen Gewerbe, für welche der Befähigungsnachweis eingeführt werden soll, einzeln zu diskutieren.

Abg. Adermann (konf.) empfiehlt die von seiner Partei gestellten Anträge zur Annahme; dieselben seien, wie hier schon oft betont worden, dazu bestimmt, in den Handwerkerkreisen das Gefühl des Selbstbewußtseins zu festigen und dadurch dieselben den sozialdemokratischen Bestrebungen unzugänglich zu machen. Der Antrag v. Kardorff erscheine nach seiner (des Redners)

Anspricht lückenhaft und seine Partei werde denselben nur zustimmen, wenn sie mit ihren eigenen Anträgen nicht durchdringen sollte; das in jenem Antrage geforderte Arbeitszeugnis lasse in der gegenwärtigen Fassung nicht erkennen, ob nicht etwa die Lehrlingszeit hier mit eingerechnet werden solle. Was die Sozialdemokraten anlangt, so wolle er mit denselben hier nicht abrechnen, denn dieselben seien doch nicht zu überzeugen und als wahrhafte Freunde des Handwerks nicht zu betrachten. (Beifall rechts.)

Abg. Grohme (Soziald.) führt aus, daß die vorliegenden Anträge besondere Privilegien schaffen wollten, während lediglich praktische Täglichkeit und Erfahrung und keinerlei Zwangswirkung die Zukunft des Handwerks garantire.

Abg. Merbach (freil.) glaubt zwar nicht, daß in dem Befähigungsnachweis die Universalmedizin zur Hebung des Handwerks liege, allein es existirten verschiedene Handwerke, bei denen der Befähigungsnachweis wohlthätig wirken würde. Redner empfiehlt das von seinen Fraktionsgenossen eingebrachte Amendement, damit etwas Positives geschaffen werde, das dem Handwerk nütze und damit nicht alle Jahre dieselbe Materie ganz ohne Resultat verhandelt werde.

Abg. Duveneau (natlib.) erklärt sich gegen jeden Befähigungsnachweis, der im Zwangsweg herbeigeführt werde; höchstens für das Baugewerbe erscheine eine solche Forderung in beschränktem Maße angezeigt.

Abg. v. Herzen-Borch (konf.) erklärt sich für den Antrag Adermann, indem er des Weiteren ausführt, daß derselbe den Interessen des Handwerks namentlich in den kleinen Städten diene, während Abg. Dr. Baumback (freil.) den Befähigungsnachweis als völlig undurchführbar bekämpft.

Abg. Viehl (Zentr.) polemisiert gegen den Vorredner. Den Innungen sei bisher noch keineswegs mit der erforderlichen Geneigtheit seitens der Behörden begegnet worden, vielmehr sei man ihnen vielfach feindlich entgegengetreten; die Sozialdemokraten verlangen freilich alle Freiheit für sich, ohne sie den Innungen zugeschlagen zu wollen.

Abg. Haberland (Zentr.) erklärt sich für den Antrag Hize; man möge denselben annehmen und damit der Regierung den Weg zeigen, auf dem allein Hilfe für das Handwerk zu erhoffen sei.

Abg. Dr. Meyer-Jena (natlib.) bespricht einzelne Gewerbe, für welche der Befähigungsnachweis verlangt werde und sucht nachzuweisen, daß die Trennung der einzelnen Gewerbe, wie sie in den Anträgen vorgesehen sei, garnicht durchgeführt werden könne.

Nachdem darauf Abg. v. Kleist-Rehov (konf.) noch einmal auf das Wärme im Interesse des nothleidenden Handwerks für die Annahme des Antrages seiner Partei eingetreten, wird der generelle Theil des freikonservativen Amendements abgelehnt und darauf das Verzeichnis der Gewerbe, für welche der Befähigungsnachweis eingeführt werden soll, nach dem identischen Antrage der Abg. Adermann (konf.) und Genossen und Hize (Zentr.) und Genossen in namentlicher Abstimmung mit 121 gegen 113 Stimmen angenommen. Der betr. Paragraph lautet: „Den nachstehenden Handwerkern ist fortan der Beginn des selbstständigen Gewerbebetriebes nur dann gestattet, wenn sie den Nachweis der Befähigung zur selbstständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten des betreffenden Gewerbes geführt haben. Diese Handwerker sind: Barbiere (Kastrer) und Friseure, Bäder, Vandagisten, Böttcher (Fassbinder, Schäffer), Brunnenmacher (Brunnenbauer), Buchbinden, Buchdrucker, Büstenbinder, Konditoren und Pfefferküchler und Lebküchler (Lebzelterküchler), Drechsler, Färber, Feilenbauer, Friseure und Perrückenmacher, Geiß- und Nothgischer, Zinn-, Zint- und Metallgiesser, Gerber, Glaser, Glockengießer, Gold-, Silber- und Metallschläger, Gürthler, Handschuhmacher und Beutler, Hutmacher, Kammacher, Klempner (Spengler), Korbmacher, Kürschner, Kupferschmiede, Maler und Bergolder und Lackierer, Maurer, Mechaniker, Optiker, Messer- und Zeugschmiede, Fleischer (Messer), Müller, Mühlbauer, Nadler, Siebmacher, Posamentierer, Sosa- und Regenschirmmacher, Satt-

ler, Niemer und Täschner, Schieferbeder, Schlosser, Schmiede, Schneider, Thaler (Schreiner), Stuhlmacher, Töpfer (Höfner), Schornsteinfeger, Schuhmacher, Schiffsbauer, Seifenbieder (Kerzenzieher), Wachszieher (Wachsarbeiter), Seiler, Steinmeier, Stücktanteure, Tapetiere (Decoratoren), Uhrmacher, Wagner (Rad- und Stellmacher), Weber und Wirkler, Zimmerleute.

Nachdem sodann der Rest des freikonservativen Amendements zurückgeworfen worden, genehmigt das Haus auch die folgenden Abschnitte der Anträge Adermann-Hize und vertagt sich beihufs Beratung des den Normal-Arbeitsstag betreffenden Zentralantrages auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluss 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenklausur.

38. Plenarsitzung vom 19. März
Präsident von Köller eröffnet die Sitzung mit den üblichen geschäftlichen Mitteilungen nach 11½ Uhr.

Lagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Etatsberatung bei Kapitel 124 Titel 1 der dauernden Ausgaben des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten.

Die Budgetkommission beantragt, die hier geforderte Summe von 1,830,000 Mark unverändert zu bewilligen und den von Neuem berathenen Etatsvermerk in folgender Fassung anzunehmen: „Vermerk: Zu Bauten von kirchlichen Gebäuden landesherrlichen Patronates dürfen hieraus nur Verwendungen gemacht werden, wenn das Patronat über die betreffende Kirche vor dem 1. Januar 1873 begründet worden ist.“

Dagegen beantragen die Abg. v. Rauchhaupt (konf.) und Genossen, daß diese Verwendung auch zulässig sein solle, wenn nach den bezeichneten Zeitpunkten Mittel zur Beisetzung der Lasten eines derartigen Patronats durch den Staatshaushaltsetat bereitgestellt sind.“

Abg. Graf von Limburg-Stirum (konf.) schildert die unzählbare Lage, in welche die Regierung sogar durch die Judikatur gegenüber dem kirchlichen Notstande verkehrt werde und bezeichnet es als angestrebtes Ziel seiner Partei, der königlichen Staatsregierung die Möglichkeit zu gewähren, überall da helfend einzutreten, wo ein kirchlicher Notstand in die Errscheinung trete.

Abg. Dr. Mithof (natlib.) erklärt, daß ein großer Theil seiner Partei für die Kommissionsbeschlüsse eintrete, weil er nicht entgegen dem Artikel 17 der Verfassung (in Aussicht genommene Aufhebung sämtlicher Patronate) die landesherrlichen Patronate vermehren wolle; er und seine politischen Freunde seien indessen bereit, die zur Hebung des kirchlichen Notstandes nötigen Mittel zu bewilligen.

Abg. Dr. Bödlich und Neukirch (freil.) spricht sich für die Annahme des Antrages v. Rauchhaupt aus; Redner hätte beihufs Beisetzung aller erhobenen Bedenken die Einstellung einer entsprechenden Summe in das Extraordinarium lieber gesehen und giebt event. die Vereinbarung eines anderweitigen Modus der staatsseitigen Abhilfe des kirchlichen Notstandes zuahause.

Abg. Niedert (freil.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Grafen von Limburg; Redner glaubt in der Vermehrung der landesherrlichen Patronate eine Beeinträchtigung der Gemeinderechte erblicken zu sollen und betont außerdem die Benachtheiligung, welche der katholischen Kirche aus jener Vermehrung erwachsen würde.

Kultusminister Dr. v. Gößler erklärt, daß für die Regierung lediglich die Beisetzung des kirchlichen Notstandes und nicht anders maßgebend sei; dieselbe habe immer den Standpunkt eingenommen, daß der Staat ein erhebliches politisches und soziales Interesse daran habe, daß die Kirche in die Lage verkehrt werde, ihre Bedürfnisse vollauf zu befriedigen, und das gelte von der katholischen Kirche so gut, wie von der evangelischen Kirche, denn jede Disparitätsgefahr liege der Regierung fern. Der Herr Minister schildert sodann unter Exemplifikation auf die Verhältnisse der evangelischen Zwölf-Apostel-Gemeinde und der katholischen St. Sebastians-Gemeinde in Berlin die Schwierigkeit der Lage, in welche die Regierung auf dem Gebiete des Patronatswesens vielfach gedrängt werde, und bittet um Annahme des Regierungsvermerks, durch welchen dem Notstande am ehesten werde gesteuert werden und der nicht die Gründung neuer Patronate, sondern die aus bereits bestehenden resultierenden Pflichten im Auge habe. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt verteidigt seinen Antrag, indem er betonte, daß er und seine Freunde das landesherrliche Patronat, den Summus episcopus, für eine durchaus notwendige Institution der evangelischen Kirche erachteten. Man solle sich doch nicht von Herrn Niedert vorreden lassen, daß eine Annahme des Antrages Unterstützung der Stöcker'schen Politik bedeute. Ganz im Gegenteil!

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) erklärt, die katholische Kirche wolle von Patronaten nichts wissen, und die Katholiken wollten, wenn sie auch bereit seien, der kirchlichen Not abzuhelfen, doch mit den Steuern keine evangelischen Kirchen bauen. Wenn ein Bedürfnis nachgewiesen werde, bewilligten er und seine politischen Freunde auch die Kosten für evangelische Bauten; sie hätten in diesem Sinne auch jetzt beim Dombau in Berlin gehandelt. Auf die Parität habe die Rechte bei der Besoldungsfrage der Geistlichen und bei anderen Gelegenheiten keinen Werth gelegt; er könne daher, wenn jetzt mit solchen kleinen Zusätzen im Etat wichtige Prinzipienfragen entschieden würden, seine Zustimmung nicht entheilen.

Abg. Stöcker-Siegen (konf.) ist der Meinung, daß man wegen des berechtigten Zusatzes im Jahre 1873 hätte debattieren sollen. Die Institution des königl. Patronates sei eine zweckmäßige und er halte die Verkümmерung desselben für bedauerlich. Nachdem er sodann eine weitere Entwicklung der Selbstständigkeit der Gemeinden eingetreten, wendet er sich gegen den Abg. Windthorst und betont, daß, wenn jetzt Mittel von den Berliner Dom bewilligt worden seien, doch der Staat auch Millionen für den Kölner Dom hergegeben habe. Redner bittet, für den Antrag v. Rauchhaupt stimmen zu wollen. (Beifall rechts.)

Abg. Francke (natlib.) bekämpft den Antrag Rauchhaupt, während Abg. Dr. Ennecker (natlib.) sich gegen den Kommissionsantrag ausspricht.

Hierach wird in namentlicher Abstimmung der Antrag v. Rauchhaupt mit 192 gegen 139 Stimmen abgelehnt und der Kommissionsbeschluß genehmigt.

Hierauf geht das Haus zur Position „Zuschuß zu dem Pfarrwitwen- und Waisenfonds der evangelischen Kirche von 800,000 Mark“ über, welche die Kommission unverändert anzunehmen empfiehlt.

Minister Dr. v. Gößler erklärt, daß er hofft, das Pfarrwitwen- und Waisen-Berufungsgebot noch vor der dritten Lesung einbringen zu können, worauf sich

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) für und Abg. Niedert (freil.) gegen die Position ausspricht; dieselbe wird fast einstimmig angenommen.

Es folgt der Etat der Staatschulden-Berwaltung.

Auf eine bezügliche Bitte des Abg. Dr. Hammacher (natlib.) um Orientierung über die Handhabung der Konvertirungen erklärt

Finanzminister Dr. v. Scholz, daß er solche Aufschlüsse hinsichtlich der Konvertirung nicht geben könne, da dieselben nur Veranlassung zu Börsenspekulationen geben dürften.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.) glaubt, daß wirtschaftliche Interessen gegen eine weitere Konvertirung sprächen; jedenfalls wünscht Redner, daß hier mit größerer Vorsicht vorgegangen werde.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. Hammacher (natlib.) sichert Minister Dr. v. Scholz dem Abg. Windthorst zu, daß mit größter Vorsicht werde versfahren werden.

Hierauf wird dieser Spezialetat bewilligt und damit ohne Debatte auch das Etatgesetz angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Etatsberathung, Sprachen-Antrag des Abg. Czarlinski (Pole).

Schluss 3^{1/4} Uhr.

Dutschland.

Berlin, 19. März. Die in letzter Zeit vorgekommenen Fabrik- und Lagerhausbrände, bei denen mehrfach Arbeiter ihren Tod fanden, haben, nachdem bereits der Reichskanzler die Aufmerksamkeit der Regierungen der Bundesstaaten hierauf gelenkt hat, auch das Reichs-Versicherungsamt veranlaßt, in einem Rundschreiben die Vorstände sämtlicher von ihm resp. fortirenden Berufsgenossenschaften zu ersuchen, soweit als thunlich, durch die Unfallverhütungsvorschriften für die Betriebsanlagen geeignete Einrichtungen vorzuschreiben, welche einerseits den Ausbruch eines Brandes möglichst verhüten und andererseits bei eingetretenem Feuer die Rettung der in den Arbeitsräumen beschäftigten Personen gewährleisten. Eine Anzahl von Berufsgenossenschaften hat in ihren Unfallverhütungsvorschriften bereits hierauf abzielende Bestimmungen vorgesehen. Das Reichs-Versicherungsamt hat nun eine Zusammenstellung dieser Bestimmungen angefertigt und bringt dieselbe mit dem Rundschreiben zur Kenntniß, damit diejenigen Berufsgenossenschaften, für welche Unfallverhütungsvorschriften noch nicht bestehen bzw. deren Vorschriften solche Bestimmungen nicht enthalten, bei Abfassung bzw. Revision der Unfallverhütungsvorschriften davon Gebrauch machen können.

Die bekannten Neuerungen des Bruders des früheren Ministers des Innern, Herrn v. Puttkamer, im westpreußischen Zentralverein der Landwirthe sind bis jetzt nicht widerrufen, auch durch Entgegnungen von anderer Seite nicht enträgtet worden. Das Blatt, welches sie zuerst in die Öffentlichkeit brachte, der Graudener „Ges.“, hält die Zuverlässigkeit seines Berichtes überdies mit aller Entscheidlichkeit aufrecht, bemerkt aber dabei, man schieße über das Ziel hinaus, wenn man daraus folgere, daß Herr v. Puttkamer eine Sache vertreten habe, die er nicht zu billigen vermögt. Das allgemeine nationale Interesse, um das es sich hier in erster Reihe handelte, sei über das besondere der Landwirtschaft zu stellen gewesen, und wenn Herr v. Puttkamer das letztere auch für geschädigt hätte erachten müssen, so habe er, wie auch aus seinen Reden zu ersehen, dennoch die Verantwortung dafür in ihrem ganzen Umfange ebenso wohl politisch wie moralisch übernehmen können und tatsächlich auch übernommen. — Aus den Reden des Herrn v. Puttkamer im Jahre 1886 geht dies auch unzweideutig hervor. Am 30. Januar erklärte der Minister diese seine Verantwortlichkeit in feierlichster Form und in derselben Rede erwähnte er dem Herrn Rickert auf dessen Angriffe: Rickert thue gerade so, als wenn die preußische Regierung mit einem Male in einem Anfall von übler Laune gesagt hätte: „Wir haben 20,000 fremde Polen, die müssen raus!“ Würde der Minister eine solche Bemerkung gemacht haben, wenn er die Ausweisungen missbilligte? Würde er sie vor allen Dingen in diese Form gekleidet haben, wenn das wahr wäre, was Herr v. Puttkamer-Blauth behauptet: „dah nämlich der Fürst Bismarck die kategorische Forderung gestellt habe, in vier Wochen sollten 40,000 Polen „raus“ sein? Man kann Herrn v. Puttkamer, wie selbst von freisinniger Seite bemerkt wird, eine solche Zweizüngigkeit nicht zutrauen und darum bleibt die ganze Angelegenheit auch ferner noch einer Klärstellung von maßgebender Seite sehr bedürftig.

Was die viel angefochtene Neuerung, ob es sich etwa empfehlen möchte, die Einführung chinesischer Landarbeiter in Erwägung zu ziehen, betrifft, so wird jetzt ausdrücklich erwähnt, daß dieselbe nicht von dem Regierungspräsidenten von Massenbach, einem Schwager des Ministers, sondern von einem Landwirth herrührt, der sie in einem Briefe an den Präsidenten einfließen ließ, welchen Letzterer dem Herrn v. Puttkamer-Blauth, als dem Vorsitzenden des Zentralvereins, mittheilen zu müssen glaubte.

Es ist bekannt, daß man in England den Nach- und Ersatzwahlen zum Unterhause allgemein eine weit über den besonderen Fall hinausgreifende Bedeutung für die Beurtheilung der öffentlichen Stimmung beizulegen gewohnt ist.

In Folge dessen werden dann regelmäßig von den mit einander streitenden Parteien alle Hebel in Bewegung gesetzt, um sich den Sieg zu sichern. Thatsächlich ist der Gradmesser dieser Einzelwahlen meist sehr unsicher, aber die Gewohnheit verleiht ihm eine große Wichtigkeit. Raum je zuvor haben die mit einander im Wettbewerb befindlichen Parteien aber so gewaltiges Aufsehen von einer Wahl gemacht, wie diesmal von der in Kennington, das bisher von einem konservativen vertreten worden war. Alle erdenklichen Bemühungen wurden aufgewendet, um die Wähler zu fangen, und wochenlang vorher verkündete man, daß diese Wahl eine Kraftprobe zwischen konservativ und liberal sein werde. Dieselbe ist nun zu Gunsten der letzteren Partei ausgefallen, und darob ist im anderen Lager eine gewaltige Bestürzung eingetreten. Die Ursache des Umsturzes ist lediglich den Umständen zuzuschreiben, daß im Jahre 1886 die Liberalen, verstimmt über die irische Bodenkaufovorlage Gladstones, sich massenhaft der Abstimmung enthielten, aber jetzt anfangen, aus ihrer Unfähigkeit herauszutreten. Besonders rührig zeigten sich die ultraadlalen und sozialistischen Elemente,

welche das Verhalten der Regierung in der Trafalgar Square-Angelegenheit nicht vergessen können. Den Gladstonianern ist durch ihren Triu- Kennington natürlich der Kamm geschr.

sprechen bereits von einem voraus- siege in Enfield, einem ländl. der Grafschaft Middlesex jüngst durch die Beruf- Überhaus erledigt.

Mehrheit von 2 und die Wähler

der dortigen Königin.

Wenn jedoch in Betrach-

1886 von den 8621 Wählern

1886 sich an der Abstimmung

teilnahmen, ist

es bei gehöriger Organisation und Anstrengung

vielleicht möglich, aus den 4200 Wählern, die

sich damals passiv verhielten, eine liberale Mehr-

heit zu schmieden.

Die Begegnung zwischen der Königin von

England und der Königin Christine von Spa-

nien in San Sebastian ist nun mehr auf den

27. d. M. festgesetzt. Lord Lytton, der bri-

tische Botschafter in Paris, und der Herzog

von Aulnay, diensthünder Minister am kö-

niglichen Hoflager in Biarritz, werden am kö-

niglichen Hof

Die Tochter des Spielers.

Roman von E. H. v. Dedenroth.

Nachdruck verboten.

1.

"Ah, Herr Baron von Altrück! Ihr ergebenster Diener! Ich hätte Sie kaum wiedererkannt, so sehr haben Sie sich verändert. Grätzlire zu Ihrer Rückkehr aus dem Orient. Sie waren wohl zwei — nein drei Jahre fort!"

Mit diesen in sehr verbindlichem Ton gesprochenen Worten begrüßte der Inhaber des einzigen Bankgeschäfts von — nennen wir die Stadt Warrsde — Herr Isidor Hirsch, einen hochgewachsene Herrn von kräftiger Gestalt, dessen stark von der Sonne gebräuntes, von dunklem gelocktem Haupt- und gekräuseltem Barthaar umrahmtes Antlitz in männlichen, edel geschnittenen Zügen den Ausdruck ruhigen Ernstes, energischer Willenskraft unter einem schwärmerischen Anhauch zeigte.

Der Baron konnte in der Mitte der Dreißiger stehen, aber er sah wie ein Vierziger aus.

"Ich darf wohl Glück wünschen zur Erbschaft von Ihrem Herrn Onkel?" fuhr der Chef der Firma Hirsch redselig fort, als Altrück seine Bemerkung durch ein Nicken bestätigt hatte, "die Seiten sind günstig zum Ankauf von Papieren —"

"Mein Anteil an der Erbschaft ist kaum aennenswert," gab Altrück mit einer Miene zurück, welche verriet, daß ihm das Thema peinlich sei, "aber ich wollte für etwa 13,000 Thaler gute Staatspapiere kaufen."

Hirsch zuckte die Achseln.

"Das wird schwierig sein," versetzte er, "ich werde nach Berlin schreiben. Die Staatspapiere hält jetzt jeder fest; sie sind stark im Kursie gefallen, aber ich kann mit gutem Gewissen zu keinen Industrie-Aktien raten, wenn Sie nicht warten wollen, bis der politische Horizont sich

gellärt hat. Und das wird geschehen, ich möchte wetten. Den augenblicklich eine heile Nöthe mich fast dafür verbürgen. An guten, soliden Spekulationswerthen ist jetzt viel zu verdienen."

"Ich will das Geld ganz sicher anlegen. Ich nehme nur Staatspapiere."

Eine schwarz gekleidete, verschleierte Dame trat in das Geschäftsklo. Es war eine schlank, hohe, imponirende Gestalt. Prächtige blonde Haarsträhnen ruhten, aus dem kleinen Hütchen hervorquellend, losen geweist, auf der Stolz gebogenen Nackenlinie. Es harmonierte wenig mit dieser elegant vornehm Ercheinung, daß die Dame mit einer unsicher, hastigen Schen, fast als fügte sie sich auf verbötenen Wegen, an den Wechseltisch trat und ein kleines Bäckchen, das sie unter der Mantille verborgen hielt, dem zu ihrer Bedienung herbeispringenden Kommiss überreichte.

Die Dame warf keinen Blick seitwärts auf die beiden Herren, welche an der anderen Ecke des Wechseltisches im Gespräch standen; sie bemerkte es nicht, daß der Baron bei ihrem Anblick, beim Klange ihrer Stimme, wie von einem elektrischen Strom berührt, zusammenfuhr, mit Blicken überraschter, ja erschrockener Neugierde einen Moment ihren Schleier durchbohren zu wollen schien, dann aber hastig eine Stellung einnahm, die es ihr unmöglich machte, sein Gesicht zu sehen, wenn sie den Kopf wendete.

"Ich will diese Papiere verkaufen," sagte die Dame, ein wenig ihren Schleier lüstend.

"Bremische Staatsanleihe," bemerkte der Kommiss, sich zu seinem Chefwendend. "Wie viel ist es, Frau Gräfin?"

"Zehntausend Thaler."

"Das trifft sich ja sehr günstig, Herr — —" wollte Hirsch dem Baron zusichern, aber dieser fiel ihm ins Wort.

"Nennen Sie meinen Namen nicht," sagte Altrück hastig mit leiser Stimme.

"Gräßtige Gräfin," wandte sich Hirsch zu der Dame, deren Antlitz, so weit es der Schleier nicht jetzt noch verbarg, einen überaus zarten,

weisen Teint, den augenblicklich eine heile Nöthe überschattete, und jugendlich schöne Züge, besonders einen wohlgeformten Mund und ein festes, scharf modelliertes Kinn erblicken ließ, "ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß diese Papiere augenblicklich sehr tief im Kursie stehen, ich kann sie nur zu 83% nehmen."

"Ich verkaufe sie zum Kourse," lautete die kurzentschiedene Antwort.

Der Kommiss überreichte die Papiere dem Buchhalter. Die Dame nahm den ihr von Herrn Hirsch gebotenen Stuhl nicht an, sie schenkte sie sich auf verbötenen Wegen, an den Wechseltisch trat und ein kleines Bäckchen, das sie unter der Mantille verborgen hielt, dem zu ihrer Bedienung herbeispringenden Kommiss überreichte.

"Aber was haben Sie da für Papiere, gnädigste Frau!" rief der Buchhalter, nachdem er die Nummern einiger Scheine mit denen einer Liste verglichen.

Die Gräfin wechselte die Farbe.

"Es sind doch gute, richtige Papiere!" stotterte sie, den Buchhalter unruhig, ja, bestürzt anstarrend.

"Die Serie D. ist vor zwei Jahren konvertirt. Von der Serie A. habe ich bereits zwei Nummern gefunden, die längst ausgelöst sind. Sie werden viel Geld an den Papieren verlieren. Möglicherweise sind dieselben schon verfallen. Die Coupons, welche nach der Auslösung ungültig geworden, fehlen, der Betrag geht in jedem Falle vom Kapital ab. Wo haben Sie die Papiere her?"

"Aus einer Erbschaft."

Der Buchhalter zeigte die Papiere seinem Chef, welcher neugierig hinzugetreten war.

"Wir haben nur die Nummern der ausgelösten Papiere," sagte er, "aber nicht die Daten der erfolgten Verlösungen. Es ist möglich, daß die Termine, in denen die Rückzahlung noch zulässig, bereits verstrichen sind."

"Sie werden sich einige Tage gedulden müssen, Frau Gräfin," wandte sich Hirsch zu der Dame. "Ich muß die Papiere nach Berlin senden. Es

wäre mir unmöglich, auch nur annähernd den Werth zu bestimmen."

"Dann zahlen Sie mir, was Sie ohne Gefahr geben können," lautete die mit bebender Stimme gegebene Antwort. "Ich brauche das Geld, wozu es auch nur fünfzig Thaler sind. Ich hätte Ihnen dafür, ich will Ihnen einen Schuldchein aussstellen."

Man hörte und sah es der Dame an, wie schwer es wurde, eine solche Bitte auszusprechen, daß eine quälende, innere Angst sie die Scham überwinden ließ. Aber der Bankier zuckte die Achseln.

"Zu jeder andern Zeit," erwiderte er, "ständet ich Ihnen mit Vergnügen zu Diensten. Das Geld ist jetzt knapp und Papiere, welche am heutigen Ort nicht gangbar sind, hätte ich Ihnen augenblicklich nur gegen baares Geld umsehen können, wenn ich in der Lage wäre, dieselben anderweit unterzubringen. Aber die Serie D. muß erst in Berlin umgetauscht werden, von der Serie A. sind höchstens für ein tausend Thaler sichere Papiere da. Diese Summe steht zu Befehl."

Der Bankier hatte, während er sprach, einen Blick mit dem Baron verstohlen gewechselt, war aber durch diesen nicht ermutigt worden, sich gefälliger zu zeigen.

Es zuckte in Bitterkeit um die Lippen der schönen Frau. Einen Moment saßen sie unentschlossen, ob sie der Wallung empörten Stolzes nachgeben, ihre Papiere zurückfordern und das Geschäftsklo verlassen sollte, oder ob ihr die Demütigung möglich sei, auf ein solches Zugeständnis einzugehen. Ein Zittern ihrer Glieder, als schüttete sie ein Fieberfrost, vertrieb den inneren Kampf.

"Bis wann können Sie mir das Geld für die konvertierten Papiere verschaffen?" fragte sie nach einer Pause von wenigen Sekunden mit einer Stimme, deren rauher Klang verriet, wie hart der Kampf gewesen, den sie mit sich selber durchgeflogen.

"Ich hatte geglaubt, auf ein

Der Halbbüdner Kuntz zu Güstow, bereits Vater

von fünf lebenden Kindern, im Alter von 10—2 Jahren,

erhielt am 28. Februar einen Anwachs von drei ge-

unden lebenden Mädchen. Die Mutter der Kinder ist

sehr schwach, die siebenzigjährige Mutter des St. eben-

falls keine wesentliche Hilfe mehr. Das einzige Pferd

fiel vor Beginn des Winters, so daß wenig täglich die

Milch von Güstow nach Stettin in Gefangen trug

Um die Familie vor gänzlicher Armut zu schützen

und der frakten Mutter neben den Kindern die nötigste

Pflege angeleitet zu lassen, werden mitleidige Menschen

um Beihilfe gebeten. Die kleinen Gaben an Geld,

Nahrungsmitteln und Kleidungsstücke werden mit größtem Dank angenommen.

Gaben nimmt das Bureau der Stettiner Hausfrauen,

Wilhelmsstraße 23, part., entgegen.

Die amtliche Bescheinigung des Ortspredigers Herrn

Bredie liegt uns vor.

Siettin, den 4. Februar 1889.

Bekanntmachung.

Die vielfach laut geworbenen Klagen über das Ein-

dringen einer großen Menge Unbeholfiger zu den kirch-

lichen Trauungen, wodurch oft lästige Störungen her-

vorgerufen und der Ernst und die Würde der Feier beeinträchtigt werden, haben den Gemeinde-Kirchenrat

veranlaßt, wie es in anderen Städten schon geschehen

ist, folgendes zu bestimmen:

Unwohl die Ansichtnahme der Oeffentlichkeit nicht

von den zu Trauenden oder deren Eltern verlangt wird,

ist dem Publikum der Eintritt in die Kirche nur durch

die Seitentür von der Breitenstraße aus in die Seitenschiffe der Kirche, nicht aber in das abgesperrte Mittel-

schiff gestattet.

Der Haupteingang ist nur von dem zu trauenden

Paare, den geladenen Gästen und den etwa mit be-

sonderen Eintrittskarten versehenen Personen zu benutzen.

Die Karten sind vor dem Eintritt in die Kirche dem

betreffenden kontrollirenden Kirchenbeamten zur Prüfung

vorzuzeigen.

Der Gemeinde-Kirchenrat

von St. Jakobi.

Pauli.

Die Askanische

Militär-Vorbereitungs-Anstalt

(staatlich konzess.), gegründet 1880, Hallesche Str. 10,

bereitet vor für das Primaner- und Führer-

Examen. Mit und ohne Pension. Prospekte gratis

durch den Direktor Berecht, Berlin SW.

Die Selbsthilfe,

Freuer Mithilfe für alte und junge Personen, die in Folge

überdauernder Krankheitshandicaps gehandicapt führen. Es lebt

es auf Kosten der an Revolutio, Herzkrank, Verdauungs-

krankheit, Sommersucht leidet, seine ehrliche Leben-

und Kraft. Gegen Eintritt von 1 Mark in Briefmarken

oder bezahlen von Dr. L. Brink, Homöopath, Wien, Eiseler-

Strasse Nr. II. — wird in Sowjet verschlossen übertragen.

100 Tänze für 3 M.

Leicht, f. Piano, neu und eleg. auf. nur 3 M.

Der Büchersfreund antiquar. Bücherei-

Moritz Glegau jr., Hamburg.

General-Depot für Deutschland.

Wolff & Schwindt

Aarhuus Privatbank,

Aarhuus (Dänemark).

übernimmt Incassationen in allen

Städten Dänemarks.

Ein vorzügliches Eigenthum

im südlichen Theil von Schweden, mit 800 Tonnen

Zink-Alder, Walz, Gras- und Henfelder, nebst Biegel-

Mühle, starker Wassersfall, ist billig zu verkaufen.

Näheres bei dem Besitzer Herrn Gödelström Ham-

meda, Sunnerberg (Schweden).

Jobann Hoff'sche Malz-Gesundheits-Chokolade

durch Wohlgeschmack und Nährkraft in hohem Grade sich auszeichnend, hat dieselbe seit 40 Jahren auf dem Gebiete der Gesundheitspflege sich rühmlich hervorgehoben und bei Magenleiden, Appetitlosigkeit und Kräfteverfall unge-

Johann Hoff'sche Eisen-Malz-Chokolade.

Concentrirtes Nahrungsmittel von hohem Stickstoffgehalt und Nährwert, welches, in flüssiger Form genossen, auf die Nerven anregend wirkt, die Kräfte wiederherstellt und durch seinen Eisengehalt direkt zur Blutbildung beiträgt. 76 hohe Auszeichnungen, mehr als 20,000 Arznei, unter denen die nahmhaftesten Arzneihäfen der Gegenwart, haben den Johann Hoff'schen Malzpräparaten das Wort geredet.

Preise ab Berlin: Malz-Gesundheits Chokolade Nr. I M. 3,50, Nr. II M. 2,50.

Eisen-Malz-Chokolade Nr. I M. 5,00, Nr. II M. 4,00.

Alleiniger Erfinder der Malzpräparate ist Johann Hoff, kaiserl. königl. Hoflieferant und Hoflieferant der meisten Fürsten Europas, in Berlin. Neue Wilhelmstraße 1.

Verkaufsstellen in Siettin bei Max Möcke, Th. Zimmermann, Louis Sternberg, Julius Wartenberg.

Bur Einsegnung

empfiehle mein auf das reichhaltigste vereinhet Lager von

Gesangbüchern

zu allerbilligsten Fabrikpreisen:

Bellhagen in Halleider zu 2,50 M.,

desgl. in Ganzleder zu 3,00 M.,

desgl. in Goldschnitt zu 3 M.,

desgl. in Goldschnitt, Ganzleder, mit vergol-

deten Mittelstücken, zu 3,50 M.,

desgl. reich verziertem Lederbande zu

4 M. und 4,50 M.,

